Durch Demokratie zum Frieden

Autor(en): **[s.n.]**

Objekttyp: **Article**

Zeitschrift: **Wissen und Leben**

Band (Jahr): **16 (1915-1916)**

PDF erstellt am: **26.05.2024**

Persistenter Link: https://doi.org/10.5169/seals-917274

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.
Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.
Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Ein Dienst der *ETH-Bibliothek*
ETH Zürich, Rämistrasse 101, 8092 Zürich, Schweiz, www.library.ethz.ch

http://www.e-periodica.ch

DURCH DEMOKRATIE ZUM FRIEDEN

In *Wissen und Leben* (1. November 1915) hat Herr W. Eggenschwyler in verdienstlicher Weise auf das Verderbliche aufmerksam gemacht, das die politische Herrschsucht und die Meinung, der abstrakte „Staat“ assimiliere die Interessen seiner einzelnen Glieder, für die Menschheit bedeuten.

Es verlohnt sich, etwas tiefer auf dieses Thema einzutreten und sich einen klaren Blick zu verschaffen in diese „Regierungspolitik“ und in die Ursachen, welche die jetzigen furchtbaren Zustände herbeigeführt haben.

Es handelt sich, wie Herr Eggenschwyler in Recht betont, um eine Neuerziehung der Völker.

Ausgehend von der Tatsache, dass kein „Volk“ den Krieg gewollt hat, ist das zu erstrebende Ziel, dass die Völker in Zukunft solche Vertreter ihrer auswärtigen Politik bestimmen, welche wirklich „konkret national“ und nicht „abstrakt regierungsmäßig“ handeln. Man soll also in letzter Linie dazu kommen (nachdem die Völker ihre wirklichen Interessen werden erkannt haben), dass die Nationen selbst einen bestimmenden Einfluss und eine wirkliche Kontrolle über die äußere Politik erlangen. Bis jetzt ist dies nirgends der Fall, und die Völker werden erst nach den Ereignissen „aufgeklärt“.

Bezeichnend ist, dass sich die Regierungen stets und allerwärts geweigert haben, sich vom Volke in die äußere Politik hineinreden zu lassen, da sie sich bewusst waren, dass die Wähler in vielen Fällen die von den Regierenden getroffenen Maßnahmen nicht gutheißen würden. Statt den Völkern ein Selbstbestimmungsrecht einzuräumen, führen die Diplomaten sie durch die Presse am Gängelband.

Die Regierungen sollen aber für die Völker, nicht diese für jene da sein.

Die unerlässlichen Bedingungen zur befriedigenden Lösung der uns gestellten Aufgabe sind:

1. Dass die äußere Politik nicht mehr ein Buch mit sieben Siegeln bilde und dass die Diplomaten nicht bloß aus einer bestimmten Gesellschaftsklasse rekrutiert werden.

2. Dass „offene“ Politik getrieben werde und folglich:

3. Dass die internationalen Verträge, die über Tod und Leben der Völker entscheiden, diesen bekannt gegeben werden.

Es soll nicht mehr vorkommen, dass Völker zum Kämpfen gezwungen werden „durch einen von einigen Politikern unterzeichneten Vertrag, der die männliche Bevölkerung der Länder bis in den Tod hinein verpflichtet, ohne deren Wissen und Genehmigung.

Wenn man sich vor Augen hält, dass keiner der (teilweise über dreißig Jahre alten) Bündnisverträge *in extenso* veröffentlicht worden ist, so wird einem das Ungeheuerliche der bisherigen Verhältnisse klar werden.

Ehrliche und offene Politik wird Konflikte seltener machen. Allerdings kann man sich, wie Herr Wagnière letzthin im *Journal de Genève*, fragen, ob Ehrlichkeit und Offenheit mit dem, was man heute unter Politik versteht, vereinbar seien. Man soll dazu kommen, dass Ehrlichkeit und Politik keine Antithesen, wohl aber synonyme Worte bilden. Dazu braucht es aber neue Männer, denn die jetzigen Diplomaten, die von den seit Jahrhunderten geltenden „Herrscher-Ideen“ erfüllt sind und daher den Krieg nicht haben verhindern können, werden auch nie einen Frieden zustande bringen, der nicht Keime zukünftiger Kriege in sich tragen wird.

Die haltbarsten Frieden sind diejenigen gewesen, die Kriegen folgten, wo weder Sieger noch Besiegte waren, und welche durch gegenseitige Konzessionen zustande kamen. Ein Sieger unterliegt eben leicht der Versuchung, seinen Vorteil zu sehr auszunützen, wodurch sein Gegner gedemütigt wird und nachher bloß noch einen Gedanken hat: Rache zu nehmen für das erlittene Unrecht. So wird der Keim gelegt für neue Rüstungen und neue Kriege. Je stärker die Unterdrückung des Besiegten, desto heftiger das Wiederaufwachen dessen Nationalgeistes nach dem Krieg. Man kann mit Recht behaupten, dass Napoleon I. der eigentliche Begründer des deutschen Volksbewusstseins war, eben weil er seinen Sieg auf imperialistische Weise „ausgenützt“ hatte. Wäre er nach Unterwerfung seiner Feinde z. B. wie Preußen 1866 gegenüber Österreich oder wie England gegenüber den Buren vorgegangen, so wäre die Weltgeschichte kein Weltgericht geworden, sondern hätte einen andern Verlauf genommen. Der soeben erfolgte Eintritt Bulgariens in den Verband der Zentralmächte ist die direkte

Folge der serbischen »Siegesausnützung". Überhaupt bildet der Balkan ein Schulbeispiel für die verderblichen Folgen der Macht- und Unterjochungspolitik.

Ein weiteres Charakteristikum dieser ist, dass Bündnisse bloß selten einen Krieg überleben. Entweder ist der Kampf siegreich ausgefallen, und dann stritt man sich über die Beute (auf 1864 folgte 1866 und auf 1912 im Balkan 1913), oder aber hatte der Krieg einen ungünstigen Verlauf, und dann schob jeder der Verbündeten dem andern die Schuld am Unglück zu.

Die Meinung, der „Staat" sei ein abstraktes Wesen, ist unrichtig, wohl aber ist er ein Gebilde von einzelnen Menschen, die eben menschlich und nicht „als Staat" denken, fühlen und handeln. Sobald wir diesem abstrakten Staatsgedanken seine menschliche und individuelle Grundlage wiedergeben, kommen wir auf die richtige Basis, auf welcher wir weiterbauen können.

Der abstrakte Staat geht von dem Prinzip aus, dass er um so stärker „ergo glücklicher" sei, je mehr Quadratkilometer er habe und je mehr Einwohner er „sein eigen" nennen und beherrschen kann.

Jeder junge Staat hat (gestützt auf diese falsche Theorie) den Drang, sich nach außen zu vergrößern, statt auf seinen inneren Ausbau, der seinen einzelnen Mitgliedern zugute käme, bedacht zu sein. Der Imperialismus ist eine Kinderkrankheit, die *jeder* Staat durchgemacht hat, welche die älteren Völker aber schon überstanden haben.

So hat die Schweiz schon 1515 diesen Vergrößerungswahn abgelegt, und kein Schweizer würde jetzt irgend ein Gebiet annektieren wollen, auch wenn ihm dieses gratis angeboten würde. Wir sind eben gewohnt, auch die auswärtige Politik individuell anzusehen und uns zu fragen, welchen Vorteil hätte ich persönlich, wenn unsere Grenze um einen, zehn oder hundert Kilometer weiter hinaus versetzt würde? Jeder wird sich sagen, dass er und folglich die Schweiz keinerlei Gewinn an einer Landesvergrößerung haben würde, denn das Land wechselt ja nicht seinen rechtlichen Besitzer und wird bloß dem Namen nach schweizerisch.

Nun denkt der Bundesrat genau ebenso und bekundet daher keinerlei Expansionsdrang, sondern handelt wirklich dem demokratischen Prinzip gemäß und bildet bloß eine „den Volkswillen ausführende Behörde".

Manche verlangen trotzdem, dass die Volksinitiative und das Referendum auch auf die äußere Politik ausgedehnt werde. Man kann mit Recht bestreiten, dass dafür unter den obwaltenden Umständen wirklich ein Bedürfnis vorhanden ist.

Ganz anders liegen die Verhältnisse leider bei den Großmächten, denn diese opfern Hunderttausende von jungen Leben und Milliarden von Franken, um irgend ein Stück Land zu erobern, um ein „Absatzgebiet" zu erlangen, oder endlich des bloßen „Prestige" wegen.

Welches Interesse hat nun z. B. der Engländer, individuell genommen, ob die südafrikanischen Goldminen „englisch" sind oder nicht? Diese bleiben doch im Besitz ihrer respektiven Aktionäre, welche ebenso gut anderen Nationalitäten angehören können, als der englischen. Welchen Vorteil hätte ein Mujik, d. h. der weitaus größte Teil des russischen Volkes daran, wenn sein Vaterland sich bis nach Danzig erstrecken würde? Keinen, denn er hat genug Land zum bebauen und hat überhaupt noch nie von Danzig etwas gehört.

Welchen Gewinn verspricht sich ein deutscher Bauer oder Arbeiter (d. h. die Majorität des Volkes) von dem berühmten „Drang nach Osten"? Macht es ihm persönlich irgend einen Unterschied aus, ob in Saloniki eine deutsche, österreichische, griechische, serbische oder bulgarische Fahne weht? Hat Deutschland nicht bisher für Millionen Waren nach Saloniki gesandt, und ist die Eroberung Serbiens die Opfer an Menschenleben, Geld und den Verlust seiner besten Kunden im Westen wert?

Nun hat aber der demokratische Gedanke seit einem Jahrhundert doch solche Fortschritte gemacht, dass alle Regierungen (mit vielleichtiger Ausnahme von zweien) ihren Völkern glauben machen mussten, dass sie selbst angegriffen worden seien. Es scheint also heutzutage unmöglich zu sein, ein Kulturvolk in einen Offensivkrieg zu stürzen. Dies ist schon eine wichtige Tatsache und sollte den ersten Schritt zu einer wirklichen Volkskontrolle bilden.

Allen Nationen ist der Krieg „aufgenötigt" worden, alle führen einen Verteidigungskrieg und kämpfen, um „ihr Land vor Unterjochung und dauernder Knechtschaft zu schützen". Und dennoch behaupten alle Kämpfer, sie selbst hätten keinerlei agressive Absichten und kämpfen bloß für die Freiheit und einen dauernden Frieden.

Wie konnte nun ein Zustand entstehen, der logischerweise zum Kriege führen musste? Dadurch, dass die Lenker der Nationen den sie beherrschenden Staatsgedanken ihren Völkern durch Vermittlung der sogenannten „patriotischen“ Presse eingeimpft haben. Die öffentliche Meinung wurde zu den mittelalterlichen Herrschansichten zurechtgeknetet, und die Völker fügten sich in das „Unabwendbare“, wie sie es nannten, d. h. in der Ansicht, die Staaten müssten sich, gemäß Naturgesetz, auf Kosten der andern vergrößern, und es könne nicht anders sein, als dass die Nationen sich stets feindlich gegenüberstehen und dass die brutale Macht allentscheidend sei.

Die im bürgerlichen und innerstaatlichen Leben geltenden Ansichten, dass Zwistigkeiten am besten auf gütliche Weise beigelegt werden können, finden in der äußeren Politik keine genügende Anwendung, und doch handelt es sich in letzter Linie stets um Streitigkeiten zwischen *Menschen.*

Wie wir eben gesehen haben, kann heutzutage eine Regierung bloß dann in den Krieg ziehen, wenn sie die Volksstimmung für sich hat. Eine solche kann aber bloß durch die Tätigkeit der Presse zustande kommen, und darum kann mit Recht behauptet werden, dass ohne die Hetzzeitungen der Krieg hätte verhindert werden können.

Nun bilden bekanntlich diese Schreier in allen Ländern bloß den kleineren Teil der jeweiligen Zeitungen eines Landes. Weil sie aber am lautesten heulen, hört man bloß ihre Stimme jenseits der Grenzen. In den letzten Jahren wurde bloß das die Völker Trennende betont, während das die Nationen Verbindende wissentlich unterdrückt wurde. Wenn irgendwo ein Publizist etwas Böses gegen ein Land geschrieben oder gesprochen hatte, wurde dies durch die Hetzzeitungen des angegriffenen Landes als der Ausdruck der Volksmeinung breitgeschlagen.

So entstanden in jedem Land „Volkstypen“, widerlichen Charakters, wenn es sich um einen „zukünftigen Gegner“, sympathisch, wenn es sich um einen „Verbündeten“ handelte. An Hand dieser falschen Beschreibungen und Karikaturen der Presse machte sich ein jeder Bewohner eines Landes ein „genaues Bild“ eines andern, viele Hunderte von Kilometern ansäßigen „gegnerischen“ Menschen, dessen Existenz ihm in den meisten Fällen früher ganz unbekannt war.

Die Saat des Hasses war in die Gemüter gelegt worden und als der Krieg herankam, war es zu spät, um zu reagieren. Von diesem Augenblick an marschierte ein Volk wider das andere, und so mussten Beide kämpfen aus Furcht, andernfalls vernichtet zu werden. Auch die internationalen Arbeiterübereinkommen konnten gegenüber den Tatsachen nicht standhalten. Es gab kein „zurück" mehr, jedes Volk unterstützte seine Regierung und ging in ihr auf. Mit dem Kriegsausbruch handelte Jeder verteidigungsweise.

Wir wollen uns nicht auf das Studium der direkten Ursachen, die zum Krieg geführt haben, einlassen. Ebensowenig man die Vorgeschichte des Siebzigerkrieges richtig beurteilen konnte, bevor man das erst in den Neunziger Jahren bekannt gegebene Emser Depeschenvorkommnis kannte, ebensowenig lässt sich jetzt ein abschließendes Urteil über die direkten Kriegsursachen fällen. Wir besitzen heute noch nicht alle Dokumente und Elemente, die dazu nötig sind, und sollen deshalb vorsichtig sein, wenn wir unsere Meinung über die Verantwortlichkeiten an der Katastrophe abgeben.

Jedenfalls werden die Völker nach dem Krieg, wenn eine ruhigere Auffassung der Lage eingetreten sein wird, sich darüber Rechenschaft geben, dass ihre Regierungen nicht alles getan haben, um den Ausbruch des Mordens zu verhindern, und dass bei allseitigem gutem Willen während der dem Krieg vorangegangenen Periode das Unglück hätte verhütet werden können.

Die Völker wird später eine furchtbare Ernüchterung überkommen, und je ärger der Kriegsrausch, desto heftiger wird nachher die Reaktion eintreten. Die Zensuren werden sukzessive aufgehoben werden, und dann wird ein ruhiger, forschender Geist die zurückliegende Kriegsperiode untersuchen. Manche Nachricht, manche gegnerische Anschauung, manche Tatsache, deren Veröffentlichung während der Kriegsdauer unterdrückt worden waren, werden in der Presse erörtert werden. Vieles wird jetzt schon mündlich kritisiert und zahlreiche Untersuchungen über gewisse Vorkommnisse warten bloß das Verschwinden der Zensoren ab, um veröffentlicht zu werden.

Bloß künstlich und durch Massensuggestion konnten die Volksstimmungen zustande kommen. Nach dem Krieg wird eine weniger einseitige Anschauung Platz greifen und der Hass, der jetzt nach außen über die Grenzen gerichtet ist, wird sich wahrscheinlich teilweise nach innen kehren.

Manche Witwe wird sich einmal fragen, ob der Tod ihres Mannes wirklich erduldet werden musste wegen „Rassenverwandtschaft“ mit einem weit entfernten Volk, oder zur Aufrechterhaltung der Ehre, des Prestige und der Eroberung neuer Absatzgebiete im Osten (unter Verlust derjenigen im Westen). Waren die geopferten Menschenleben nicht mehr wert als „einige Quadratkilometer Gebirgsland mit zerstörten Dörfern, die einem ohne Kampf in gutem Zustand angeboten worden waren“?

Die Zeit wird kommen, wo die „Internationalen“ aller Art sich allmählich wieder bilden und eine Aera von wirklichem „Frieden auf Erden“ zustande bringen können.

Diese Hoffnungen sind nicht die Ausgeburt von Utopismus oder Optimismus. Nein, jeder positive Geist wird da das zu erstrebende Ziel erkennen. Patriotismus soll „Liebe zu seinem Vaterland“, nicht „Hass gegen andere Länder“ sein. Wer sein Land wirklich liebt (im wahren Sinne patriotisch ist), tut alles, damit seine Landsleute glücklich seien. Wer könnte jetzt noch behaupten, dass der Krieg einem Volke Glück bringt? Nein, Tränen und unsägliches Leid sind die Begleiter dieses Mordens gewesen und daher sollen alle, die ihr Vaterland lieben, dem Krieg den Krieg erklären.

Ein Hoffnungsstrahl bildet die Macht der Presse. Wie diese für die Katastrophe in hervorragendem Maße kann verantwortlich gemacht werden, so darf man auch erwarten, dass sie einen totalen Stimmungswechsel hervorrufen wird, wenn sie erst einmal das Sprachrohr der wirklichen Volksinteressen geworden und nicht mehr bloß auf Hetzen bedacht sein wird.

Dass durch die Zeitungen rasche Umstimmung der öffentlichen Meinung möglich ist, zeigt die Geschichte der letzten Jahre.

Man denke bloß, wie verschieden z. B. im Jahre 1902 die Mächtegruppierung von der jetzigen war und wie Völker, die damals Erbfeinde waren, heute Seite an Seite kämpfen, und umgekehrt frühere Verbündete sich jetzt befehden.

Lasst uns, jeder in seinem Kreise, unser Möglichstes tun, damit in Zukunft die wirklichen Interessen der Völker besser gewahrt werden, als dies bisher der Fall war.

Δημοκρατος.

□□□